

Medienmitteilung
Bern, 17. August 2016

No-Billag-Initiative: Zuerst braucht es Diskussion zum Service Public

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv nimmt Kenntnis von der ablehnenden Haltung des Bundesrates zur No-Billag-Initiative. Priorität hat zum heutigen Zeitpunkt aber die resultat-offene Diskussion über den Service Public. Insbesondere im Parlament muss diese Debatte geführt werden. Auf Basis der Diskussionsresultate wird der sgv seine Position zur No-Billag-Initiative festlegen.

Aus Sicht des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv ist der vor dem Sommer veröffentlichte Bericht über den Service Public zu einseitig und unvollständig ausgefallen. Statt eine Grundlage für eine fundierte Debatte über den Umfang des Service Public zu liefern, zementiert der Bericht den Status quo und das Milliardenbudget der SRG. Auf zahlreiche parlamentarische Vorstösse zum Thema geht der Bericht nicht ein.

Der Schweizerische Gewerbeverband fordert, dass die im Abstimmungskampf zur RTVG-Revision versprochene Debatte breit und umfassend geführt wird. Insbesondere das Parlament muss diese Diskussion führen. Erst auf Basis der Diskussionsresultate zu Inhalt und Umfang des Service Public wird der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft die Position zur No-Billag-Initiative festlegen.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09
Dieter Kläy, Ressortleiter, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 207 63 22

Die Nummer 1: Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.